

Politikfrust oder Politiklust?

Befunde zur politischen Kultur Jugendlicher in Rheinland-Pfalz

Jens Tenscher



Jens Tenscher

Zusammenfassung

Das spannungsreiche Verhältnis von Jugend und Politik beschäftigt seit einigen Jahren nicht nur die politische Kultur- und Jugendforschung, sondern auch die für politische Bildung verantwortlichen Akteure in Bund, Länder und Kommunen. Diesen fehlt es jedoch zumeist an Befunden über die regionenspezifische politische Jugendkultur. Am Beispiel einer empirischen Untersuchung in Rheinland-Pfalz werden politische „Frust- und Lustzonen“ Heranwachsender identifiziert und zugleich die Einflussmöglichkeiten und -grenzen politischer Sozialisationsinstanzen diskutiert.

1. Jugend und Politik – eine spannungsreiche Beziehung?

Seit der formellen Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands im Oktober 1990 beschäftigt die Frage nach dem Voranschreiten der „inneren Einheit“ nicht nur (und immer wieder) Politik und Öffentlichkeit, sondern vor allem auch die empirisch ausgerichtete politische Kulturforschung. Diese kann mittlerweile ein sehr differenziertes Bild über die politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger in Ost und West zeichnen, bei dem z.T. signifikante, jedoch – aus demokratietheoretischer Sicht – undramatische Einstellungsdivergenzen zwischen den Bevölkerungsgruppen in den alten und neuen Bundesländern zum Vorschein kommen (vgl. Niedermayer 2005; Gabriel et al. 2005). Gleichzeitig hat sich der Fokus der deutschen politischen Kulturforschung seit Mitte der 1990er Jahre erkennbar ausgeweitet: Angestoßen durch die Debatte um die vermeintlich grassierende „Politikverdrossenheit“ insbesondere unter ostdeutschen Jugendlichen hat die Frage, wie das Verhältnis von *Jugend und Politik* aussieht, an Bedeutung gewonnen. Schließlich gilt der Prozess der politischen Sozialisation, verstanden als sukzessive Auseinandersetzung mit und Internalisierung von gesellschaftlich relevanten politischen Kenntnissen, Fähigkeiten und Orientierungen, als zentraler Gradmesser für die zukünftige Entwicklung einer Demokratie (vgl. Roller et al. 2006; Pickel 2004).

Diesbezüglich scheint es, schenkt man dem zyklisch wiederkehrenden Chor der Politikverdrossenheitsbotschafter Glauben, um das Funktionieren und die Stabilität der Demokratie in Deutschland langfristig nicht gut bestellt zu sein. So deuten z.B. die jüngsten Befunde der 15. Shell-Jugendstudie darauf hin, dass politisch zu sein heute unter vielen Jugendlichen *out* ist, vor allem Politikern und Parteien wenig Vertrauen geschenkt wird, dass Politik an sich als etwas äußerst weit von der Lebenswelt der Jugendlichen Entferntes, Kompliziertes und Verkrustetes wahrgenommen wird, das als Orientierungsgröße nicht mehr wahrgenommen wird (vgl. Deutsche Shell 2006). Längsschnittanalysen offenbaren jedoch nicht nur, dass es sich hierbei um typische Orientierungen handelt, die auch unter Erwachsenen weit verbreitet sind, sondern eben auch, dass weder das politische Interesse noch die subjektive politische Kompetenz deutscher Jugendlicher in Ost und West in den vergangenen Jahren in bedeutendem Maße nachgelassen hätten – sie scheinen eher auf niedrigem Niveau „eingefroren“ zu sein (vgl. Gaiser et al. 2005). Auch ist die Zustimmung der Jugendlichen gegenüber der Demokratie als Staatsform immer noch sehr stark ausgeprägt, wenngleich die Unzufriedenheit – gerade unter ostdeutschen Jugendlichen – mit der Wirklichkeit der Demokratie situationsbedingt in den vergangenen Jahren zugenommen hat.

An den Grundfesten des demokratischen Zusammenlebens wird seitens der weit überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen demzufolge nicht gerüttelt.

An den Grundfesten des demokratischen Zusammenlebens wird nicht gerüttelt.

Aber die Performanz einzelner Akteure, die Leistungen von Regierung und Parlament, das Angebot „klassischer“ Instanzen der politischen Willensbildung (v.a. Parteien) und „konventioneller“ Partizipationsformen (z.B. Wahlen) werden zusehends hinterfragt bzw. abgelehnt. Auch ist eine „Entgrenzung“ des Engagements Jugendlicher hin zu eher pragmatischen, kurzfristigen, persönlichen Erfolg versprechenden gesellschaftlichen Aktivitäten im unmittelbaren Lebensumfeld festzustellen. Diesbezüglich unterscheidet sich die heutige Generation von Jugendlichen offenkundig von der stärker postmaterialistisch und altruistisch geprägten Generation der 1970er und 1980er Jahre.

Die entscheidende Frage aus Sicht der politischen Bildung scheint vor diesem Hintergrund – zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt – also nicht zu sein, ob eine vermeintliche politische Desorientierung der Jugend die Stabilität der Demokratie in Deutschland gefährden könnte. Vielmehr geht es darum zu verfolgen, inwieweit die etablierten politischen Akteure, Institutionen und Strukturen mittel- und langfristig die auf sie bezogene zunehmende politische Distanzierung und Skepsis von Jugendlichen – und Erwachsenen –, aber auch generationsübergreifend vorhandene Ost-/Westdifferenzen wahrnehmen und auf diese reagieren (vgl. Sarcinelli/Tenscher 2003). Die Einrichtung entsprechender Enquete-Kommissionen auf Bund- und Länderebene, die sich mit dem Verhältnis von Jugend und Politik und der Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements in den vergangenen Jahren auseinandergesetzt haben, unterstreicht diesbezüglich nicht nur das gewachsene Bewusstsein, sondern auch die Bereitschaft der politischen Entscheidungsträger, die fragile Balance zwischen politischer Kultur und Struktur zu bewahren bzw. wiederherzustellen.

2. Zur Untersuchung regionaler politischer Jugendkulturen

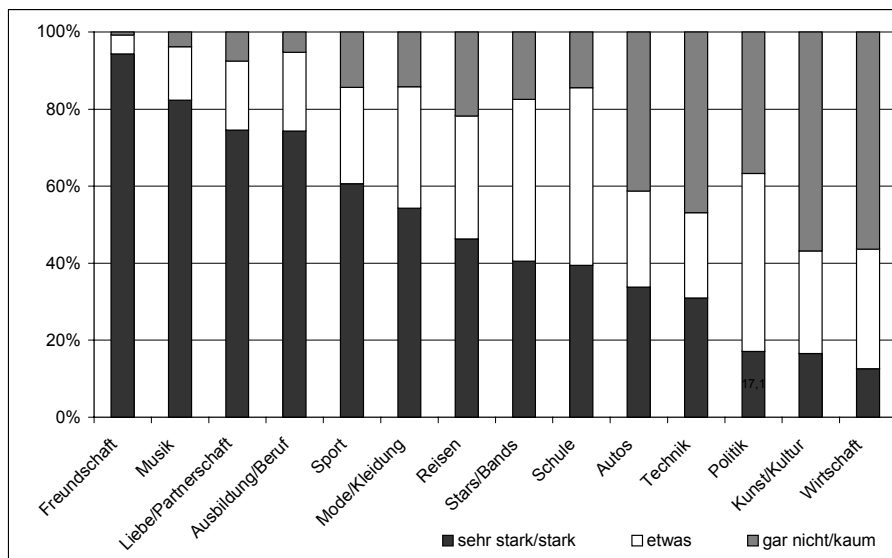
Unabdingbare Voraussetzung für entsprechendes politisches Handeln auf Länder- und kommunaler Ebene ist zunächst eine umfassende Analyse der regional, z.T. auch lokal divergierenden politischen Orientierungen und Verhaltensweisen Jugendlicher. Allgemeine, für die Gruppe der Jugendlichen in Deutschland repräsentative Umfragen wie die Shell-Jugendstudie oder das inzwischen in drei Erhebungswellen vorliegende Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts in München liefern dagegen für die Annäherung an subnationale politische Jugendkulturen nur unzureichende Informationen, da ihre auf Länderebene herunter gebrochenen Fallzahlen keine verlässlichen Aussagen über geografisch kleine Teilgruppen ermöglichen. Dies mag auch mit ein Grund dafür sein, dass sich die bisherigen Enquete-Kommissionen vorwiegend „qualitativer“ Zugänge bedient haben, um sich der politischen Lebenswelt junger Menschen anzunähern. Dadurch konnten zweifelsohne wertvolle Erkenntnisse in Bezug auf einige, mehr oder weniger typische Einzelfälle gewonnen werden, ohne jedoch verallgemeinerbare Aussagen über regionenspezifische politische Einstellungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen treffen zu können. Hierzu bedarf es (ergänzender) repräsentativer Umfragen, wie sie in umfassender Form bisher auf subnationaler Ebene nur für ein ostdeutsches Bundesland (Sachsen-Anhalt) und den Raum Nürnberg/Fürth/Erlangen vorliegen (vgl. Krüger et al. 2002; Westle 2006).

Vor diesem Hintergrund zielte die Studie „Politikfrust oder Politiklust?“ darauf ab, sich erstmalig der (politischen) Lebenswelt Jugendlicher in einem westdeutschen Flächenbundesland – namentlich Rheinland-Pfalz – mittels einer repräsentativen Umfrage anzunähern, und die entsprechenden Befunde der politischen Bildungsarbeit zugänglich zu machen.¹ Hierzu wurden mittels eines mehrstufigen Zufallsverfahrens, bei dem auf eine adäquate Verteilung regionaler Spezifika (geografische Lage, ökonomische Strukturbedingungen, Bevölkerungsdichte, Wahlbeteiligung) geachtet wurde, 30 allgemein bildende Schulen des Landes ausgewählt. An diesen wurden in 88 zufällig ausgesuchten Klassen der Klassenstufen 8 bis 11 rund 1.900 Schülerinnen und Schüler befragt.² Die Umfrage fand mittels eines standardisierten schriftlichen Fragebogens direkt vor Ort, d.h. in den jeweiligen Klassen, in der Zeit vom 17. März bis 15. April 2005 statt. Im Folgenden sollen einige ausgewählte Befunde dieser Studie vorgestellt werden, die Einblicke in a.) die Relevanz des Politischen aus Sicht der Jugendlichen, b.) deren Einstellungen gegenüber einigen zentralen politischen Orientierungsobjekten und c.) deren politisches Engagement bieten. Dabei offenbart sich ein differenziertes Bild, wonach rheinland-pfälzische Jugendliche – je nach Untersuchungsdimension und individueller Prädisposition – zwischen politischer Indifferenz, politischem Frust, aber auch politischer Lust changieren.

3. Politisches (Des)Interesse und (In)Kompetenz

Politisches Interesse gilt gemeinhin als grundlegende Voraussetzung für die Fähigkeit zur Beschäftigung mit politischen Vorgängen, zur Orientierung im politischen Raum und schließlich zur Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess. Sie stellt mithin eine zentrale Größe des politischen Selbstbewusstseins einer Bürgerin bzw. eines Bürgers dar. Langzeitstudien verdeutlichen in diesem Zusammenhang, dass sich die Jugendlichen in Deutschland (aber auch in anderen Ländern Europas) sozialisationsbedingt und dauerhaft in geringerem Maße als Erwachsene für politische Probleme und Ereignisse interessieren, ohne sich dabei jedoch im negativen Sinne von den adulten Bevölkerungsteilen in den vergangenen Jahren entfernt zu haben (vgl. Kroh 2006). Dies lässt sich sowohl durch das Ausmaß an Neugier, das der Politik entgegengebracht wird (*subjektives politisches Interesse*), als auch durch das relative Gewicht, das politischen Angelegenheiten im Vergleich zu anderen Lebensbereichen einnehmen (*persönliche Bedeutung*), belegen. Auskunft über beide Aspekte liefert Abbildung 1.

Abbildung 1: Interessensbereiche rheinland-pfälzischer Jugendlicher im Vergleich (in Prozent)



Dabei fällt auf, dass von den 14 abgefragten Lebensbereichen die Politik auf dem drittletzten Platz landet. Die rheinland-pfälzischen Jugendlichen räumen lediglich der Kunst und Kultur sowie der Wirtschaft eine geringere Bedeutung in ihrem Leben ein. Weniger als ein Fünftel der Befragten (17,1 Prozent gesamt; Mädchen: 12,8 Prozent, Jungen: 21,2 Prozent) gibt an, sich sehr stark oder stark für politische Probleme und Ereignisse zu interessieren, knapp die Hälfte (46,1 Prozent) verortet sich in der Mitte der ursprünglich fünf Antwortkategorien, die der Übersicht halber zu drei Dimensionen zusammengefasst wurden. Während

also das Politische für die Mehrzahl der Jugendlichen ein vergleichsweise bedeutungsloses Arkanum bleibt, spielen Fragen und Probleme des Privatlebens, wie Freundschaft, Musik und Liebe/Partnerschaft, eine zentrale Rolle.

Mit dieser Prioritätensetzung entpuppen sich die Befragten nicht nur als „typische“ Heranwachsende, sondern sie ähneln auch den erwachsenen Bundesbürgerinnen und -bürgern, für die der Bereich der Politik seit Jahrzehnten nur einen nachrangigen Stellenwert besitzt (vgl. Westle 2006: 211ff.; Niedermayer 2005: S. 26f.). Ebenfalls „voll normal“ ist, dass das politische Interesse unter den befragten rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schülern mit dem Älterwerden kontinuierlich steigt: Während sich unter den 14-Jährigen nur rund jeder neunte (11,9 Prozent) sehr stark/stark politisch interessiert zeigt, trifft dies auf beinahe jeden dritten 18-Jährigen (30,9 Prozent) zu. Dies ist ganz offenkundig das Resultat voranschreitender politischer Sekundärsozialisation, d.h. der in der Adoleszenz vermehrten Auseinandersetzung mit Politik und der Entwicklung politischer Kompetenzen.

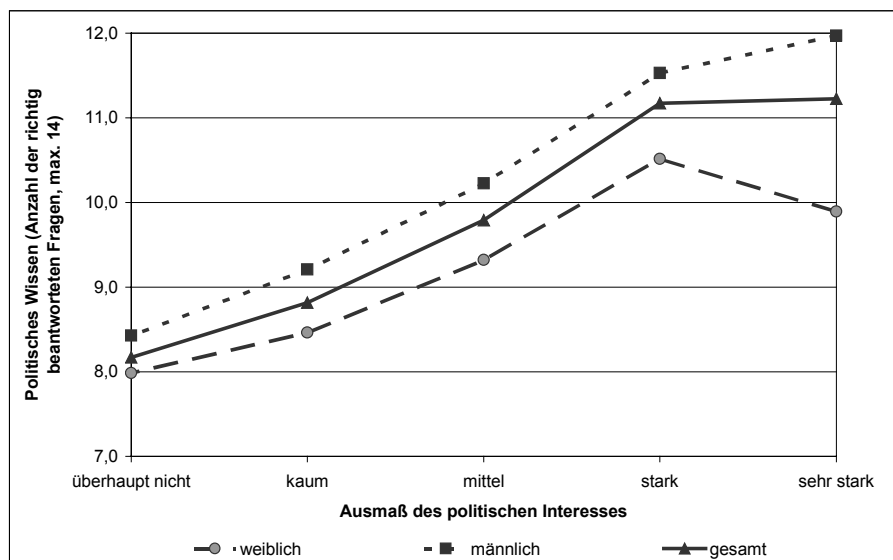
Eine diesbezügliche multivariate Überprüfung des Einflusses unterschiedlicher Sozialisationsinstanzen (Schule, Familie, Peer-Group, Massenmedien) auf das Ausmaß des politischen Interesses der rheinland-pfälzischen Jugendlichen unterstreicht dabei vor allem die Bedeutung der individuell zugeschriebenen *Wichtigkeit* politischer Gespräche sowie die *Intensität* der interpersonalen politischen Kommunikation und massenmedialen Informationsnutzung: Je lieber sich die befragten Jugendlichen über Politik unterhalten und informieren und je häufiger sie dies (vor allem zu Hause und mit Freunden) tun, desto mehr interessieren sie sich für politische Probleme und Ereignisse – et vice versa. Werden diese Faktoren berücksichtigt, erweist sich das Ausmaß des politischen Interesses der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz weitgehend unabhängig vom Geschlecht, dem besuchten Schultyp und der schulischen Leistung. Politisches Interesse wird folglich durch alltägliche Kommunikation erworben und weniger aktiv erlernt.

Es ist zu vermuten, dass mit dem Ausmaß des politischen Interesses nicht nur das objektive politische Wissen, sondern auch die subjektive politische Kompetenz im Sinne der Entwicklung eines staatsbürgerlichen Selbstbewusstseins zunimmt. Um diese Annahme zu überprüfen, wurden den Jugendlichen zunächst vierzehn Wissensfragen zu unterschiedlichen politischen Orientierungsobjekten gestellt, wie z.B. „Wie heißt der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz?“ (Anteil richtiger Antworten: 73,6 Prozent) oder „Was bedeutet Föderalismus?“ (Anteil richtiger Antworten: 25,3 Prozent). Durchschnittlich beantworteten die Jugendlichen davon 9,6 Fragen richtig (Jungen: 10,1, Mädchen: 9,0). Dies spricht für eine vergleichsweise hohe politische Faktenkompetenz, die – auch als Konsequenz gezielter Lernprozesse – zudem mit dem Alter, dem besuchten Schultyp der Befragten und, der Annahme entsprechend, mit dem Ausmaß des politischen Interesses signifikant steigt – die Geschlechtsunterschiede bleiben hiervon weitgehend unberührt (vgl. Abbildung 2).

Einen vergleichbaren Einfluss hat das Ausmaß des politischen Interesses auch auf die diversen Komponenten des staatsbürgerlichen Selbstbewusstseins, bei denen i.d.R. zwischen dem politischen Kompetenzgefühl (*internal efficacy*),

also der sich selbst zugeschriebenen Fähigkeit, politische Probleme zu durchschauen, und der Einschätzung der politischen Einflussmöglichkeiten sowie dem politischen Responsivitätsgefühl (*external efficacy*) unterschieden wird (vgl. Niedermayer 2005: 29ff.).³ Hinsichtlich der subjektiven politischen Kompetenz ist festzuhalten, dass sich immerhin rund jeder vierte Befragte (24 Prozent) als kompetent in Bezug auf einige zentrale Politikdimensionen (z.B. „Wichtige politische Fragen kann ich gut einschätzen und verstehen“) einschätzt.

Abbildung 2: Politisches Interesse und politisches Wissen rheinland-pfälzischer Jugendlicher



Nur 11,9 Prozent der Befragten weisen dagegen ein über mehrere Fragen gemessenes hohes *Einfluss- und Responsivitätsgefühl* auf. Dies ist ein Wert, der stark an ähnlich desillusionierte adulte Bevölkerungsteile in Deutschland erinnert. Auch unter den Heranwachsenden in Rheinland-Pfalz überwiegen deutlich die *Politikkritischen und -distanzierten*. Dies kommt u.a. darin zum Ausdruck, dass rund vier von fünf Jugendlichen der Aussage zustimmen, dass sich Politiker nicht darum kümmern, was einfache Leute oder Jugendliche dächten. Derartige *Frustsymptome* sind weit verbreitet, relativ unabhängig von individuellen und soziodemografischen Prädispositionen und sie zeigen sich auch, wie eine multivariate Analyse bestätigt, weitgehend resistent gegenüber den Einflüssen verschiedener Sozialisationsinstanzen.

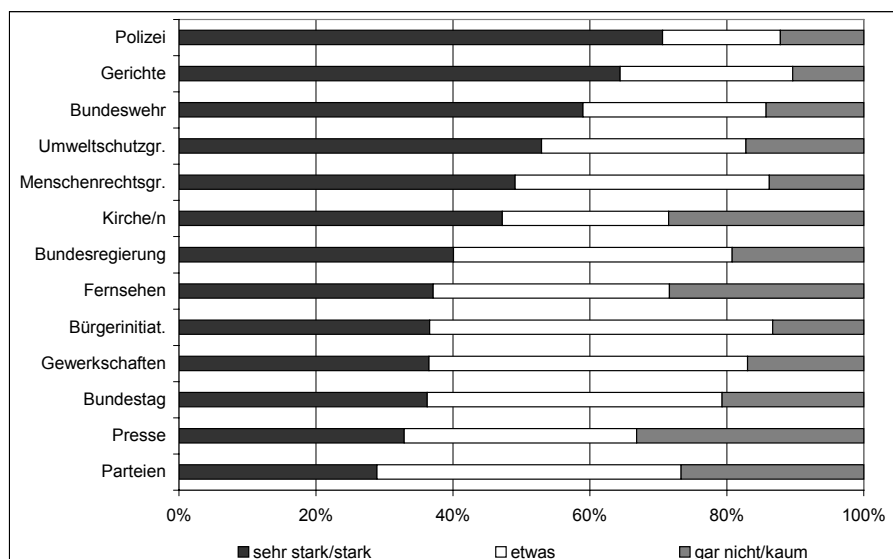
Das bedeutet: Während das subjektive politische Kompetenzgefühl insbesondere durch das politische Interesse und die Intensität der politischen Kommunikation stimuliert wird und auch das faktische Wissen über politische Zusammenhänge und Einflussmöglichkeiten mit voranschreitender Adoleszenz zunimmt, scheinen negative Beurteilungen der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten und der Responsivität der politischen Elite schon frühzeitig derart fest verankert zu sein, dass

Positivwendungen eher eine seltene Ausnahme darstellen. Rheinland-pfälzische Jugendliche halten sich folglich zwar mit steigender kognitiver Mobilisierung für einigermaßen politisch kompetent, aber sie bleiben dennoch – oder gerade deswegen – politisch distanziert, skeptisch gegenüber ihren individuellen Einflussmöglichkeiten und zudem frustriert von den Leistungen der politischen Akteure.

4. Vertrauen und Zufriedenheit

Wie repräsentative Jugendstudien, aber auch Umfragen unter Erwachsenen immer wieder verdeutlichen, leiden nicht alle politischen Bezugsobjekte, d.h. politische Institutionen, politische Eliten, die politische Ordnung und die politische Gemeinschaft, in gleichem Maße unter der in Deutschland seit einigen Jahren wachsenden politischen Distanzierung, Kritikbereitschaft und Skepsis der Bürgerinnen und Bürger. Während tatsächlich den meisten gesellschaftlichen Organisationen und politischen Institutionen – auch im internationalen Vergleich – immer noch hohes Vertrauen entgegengebracht wird, sind es vor allem „die Politiker“, also das politische Führungspersonal, und „die Parteien“ als verfassungsrechtlich privilegierte Zentralinstanzen der politischen Willensbildung, die in allen Bevölkerungsschichten, unabhängig vom Alter, für den größten Verdross sorgen. Folgerichtig ist das viel beschworene Schlagwort von der Politikverdrossenheit längst durch differenziertere Konzepte, namentlich der Politiker- und Parteienverdrossenheit, ersetzt worden (vgl. u.a. Maier 2000).

Abbildung 3: Vertrauen in gesellschaftliche Gruppierungen und politische Institutionen unter rheinland-pfälzischen Jugendlichen (in Prozent)



Auch bei den rheinland-pfälzischen Jugendlichen haben die Parteien den schwersten Stand von allen gesellschaftlichen Gruppierungen, staatlichen Institutionen und politischen Organisationen, die einen Beitrag zur politischen Willensbildung und Interessenvermittlung leisten: Lediglich 28,9 Prozent der Heranwachsenden vertrauen den Parteien sehr stark oder stark (vgl. Abbildung 3). Nicht viel besser geht es anderen „klassischen“ intermediären Instanzen, wie z.B. den Gewerkschaften, der Presse und dem Fernsehen, denen – wie dem Bundestag und den aus Sicht der Jugendlichen auch gleichsam „verstaubt“ wirkenden Bürgerinitiativen – nur rund ein Drittel der Befragten Vertrauen schenkt. Ebenfalls für Jugendliche (und auch Erwachsene) recht typisch sind die hohen Vertrauenswerte, die sowohl die parteiunabhängigen, staatlichen Institutionen (Polizei, Gerichte, Bundeswehr) als auch die nicht-staatlichen, gesellschaftlichen und themenzentrierten Gruppierungen (Umwelt- und Menschenrechtsgruppen) genießen. Die rheinland-pfälzischen Jugendlichen liegen diesbezüglich also voll im (Bundes)Trend, wobei sich das Misstrauen bzw. Vertrauen, das den politischen und gesellschaftlichen Instanzen entgegengebracht wird, nicht eindeutig auf Alters-, Bildungs- oder Geschlechtsunterschiede zurückführen lässt (vgl. Schneekloth 2002: 105).

Bei der konstatierten Unzufriedenheit mit den Parteien und auch den Massenmedien handelt es sich aus Sicht der politischen Kulturforschung zunächst um

Die Deutschen erweisen sich im europäischen Vergleich als überdurchschnittlich „gute“ Demokraten. performanzorientierte „Oberflächenphänomene“, die so lange nicht demokratiegefährdend sind, so lange sie nicht die Ebene der diffusen, leistungsunabhängigen Unterstützung des demokratischen Systems berühren (vgl. Fuchs 1989; Pickel 2004). Tatsächlich ist die Stabilität und Entwicklung eines demokratischen Systems vor allem von der Haltung der Bürgerinnen und Bürger – und damit auch der Jugendlichen – gegenüber der durch die Verfassungsnormen festgelegten konkreten Regierungsform abhängig, d.h. also vom Ausmaß der generalisierten Zustimmung gegenüber der Herrschaftsordnung. Diesbezüglich erweisen sich die Deutschen im europäischen Vergleich bereits seit Jahrzehnten als überdurchschnittlich „gute“ Demokraten: Die große Mehrheit der Westdeutschen stellt die Staatsform „Demokratie“ prinzipiell nicht in Frage und ist auch mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden; dies gilt jedoch in deutlich eingeschränkterem Maße für die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer (vgl. Niedermayer 2005: 95ff.).

Unter den rheinland-pfälzischen Jugendlichen bejahen rund drei Viertel die allgemeine Aussage, die Demokratie sei eine gute Staatsform (*allgemeine Demokratiezufriedenheit*) – womit sie im besten Sinne im Durchschnitt der Heranwachsenden in den alten Bundesländern liegen (vgl. Schneekloth 2002: 103). Gleiches gilt für die *spezifische Demokratiezufriedenheit*, also die Frage, wie zufrieden die Jugendlichen mit dem alltäglichen Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind: Die Mehrheit der Befragten (54,4 Prozent) ist sehr zufrieden oder zufrieden mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, wobei sich die Mädchen als etwas zufriedener (56,6 Prozent) als die Jungen (52,7 Prozent) zeigen.

Werden diese beiden Dimensionen zusammenbetrachtet, lässt sich feststellen, dass unter den rheinland-pfälzischen Jugendlichen der Anteil der *zufriedenen*

Demokraten deutlich überwiegt (52 Prozent), also derjenigen, die die Demokratie prinzipiell und in der spezifisch deutschen Variante befürworten (vgl. Tabelle 1). Rund ein Drittel, die als *performanzkritische Demokraten* bezeichnet werden können, unterstützt zwar prinzipiell die Demokratie, ist jedoch mit deren konkreten Ausprägung in Deutschland unzufrieden.

Tabelle 1: Verteilung der Demokratietypen unter rheinland-pfälzischen Jugendlichen (in Prozent)

		Spezifische Demokratiezufriedenheit	
		Sehr zufrieden/ eher zufrieden	Sehr unzufrieden/ eher unzufrieden
Allgemeine Demokratie- zufriedenheit	Sehr zufrieden/ eher zufrieden	52,2% <i>zufriedene Demokraten</i>	33,9% <i>performanzkritische Demokraten</i>
	Sehr unzufrieden/ eher unzufrieden	3,8% <i>systemkritische Demokraten</i>	10,2% <i>Antidemokraten</i>

Für politische Entscheidungs- und Bildungsträger von besonderer Relevanz sind jedoch vor allem zwei Typen: einerseits die *systemkritischen Demokraten* (4 Prozent), andererseits – und vor allem – die *Antidemokraten*, die nicht nur die deutsche Demokratie in ihrer konkreten Form, sondern die Staatsform prinzipiell ablehnen, sowie dies jeder zehnte rheinland-pfälzische Jugendliche bekundet. Diesbezüglich ist zu erwähnen, dass die allgemeine und spezifische Demokratiezufriedenheit unter den Befragten zum einen mit dem Alter, zum anderen aber auch mit dem Grad der kognitiven Mobilisierung, d.h. mit der formalen Bildung, dem politischen Interesse und Wissen, positiv korrelieren. Hier bieten sich also durchaus Ansatzpunkte für die politische Bildungsarbeit, auch im Sinne neuerer Ansätze der „Demokratiepädagogik“ (vgl. Himmelmann 2005).

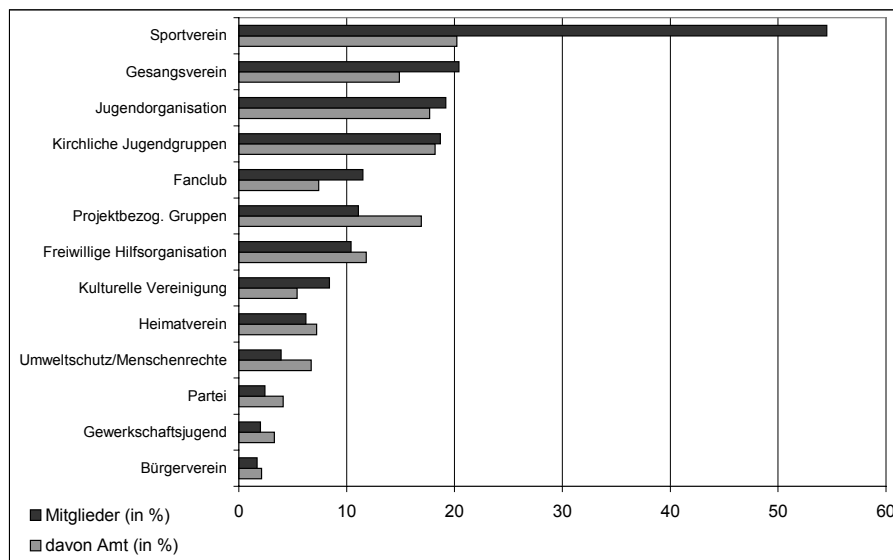
5. Gesellschaftliches und politisches Engagement

Die skizzierten Orientierungen der Jugendlichen gegenüber ihrem eigenen Ego als politischer Akteur (politisches Interesse, politische Kompetenz und staatsbürgerliches Selbstbewusstsein), den politischen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen sowie schließlich der politischen Ordnung nehmen Einfluss auf das Ausmaß deren individuellen politischen und gesellschaftlichen Engagements. Dieses hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutschlandweit von den verfassten, dauerhaften, „konventionellen“ Partizipationsformen, die auf die Beeinflussung von Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems abzielen, zusehends auf jene gering formalisierte, freiwillige Aktivitäten im direkten Umfeld (Familie, Schule, Freundeskreis, Nachbarschaft etc.) verlagert, die auf konkrete soziale und politische Ziele ausgerichtet sind bzw. anderen Menschen zugute kommen (vgl. u.a. Gensicke 2002: 194ff.).

gering formalisierte,
freiwillige Aktivitäten im
direkten Umfeld

Diese allgemeine Entwicklung spiegelt sich auch bei den rheinland-pfälzischen Jugendlichen wider, von denen über die Hälfte in einem Sportverein aktiv ist und sich rund jeder fünfte in einer (kirchlichen) Jugendorganisation oder einem Gesangsverein beteiligt (vgl. Abbildung 4). In diesen jugendtypischen, freizeit- und projektbezogenen Gruppen übernehmen die rheinland-pfälzischen Jugendlichen auch am stärksten Verantwortung, d.h. sie üben freiwillig ein Amt aus. Aktivitäten, die auf soziale und politische Veränderungen abzielen und die über Partei- und Gewerkschaftsstrukturen kanalisiert würden, werden von den Jugendlichen dagegen in ebenso geringem Maße gewählt wie Gruppierungen, die sich für die Pflege von Kultur und Tradition oder Umwelt- und Menschenrechtsfragen einsetzen. Gerade in Bezug auf diese letztgenannten Gruppen scheinen jedoch weniger die Thematik an sich, sondern vielmehr die wahrgenommenen Organisationsstrukturen, der formalisierte Charakter und die befürchtete Langfristigkeit des Engagements rheinland-pfälzische Jugendliche vom Mitmachen abzuhalten.

Abbildung 4: Engagement in gesellschaftlichen und politischen Organisationen von rheinland-pfälzischen Jugendlichen (in Prozent)

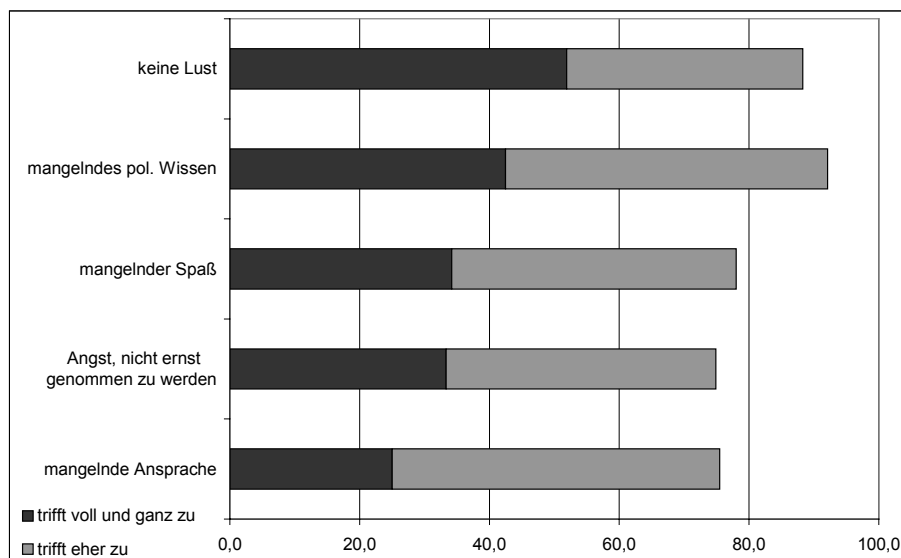


Dass die jungen Menschen in Rheinland-Pfalz durchaus für kurzfristige politische Aktivitäten zu gewinnen sind, verdeutlicht ein Blick auf die bisher erfolgte Beteiligung an so genannten „unkonventionellen“ Partizipationsformen sowie die prinzipielle Bereitschaft, bei diesen mitzumachen: Demnach behaupten über 80 Prozent der Befragten, sie hätten sich schon an einer Unterschriftenaktion beteiligt (41,6 Prozent) oder könnten sich vorstellen, dies zu tun (39,7 Prozent). Ganz ähnlich verhält es sich, wenn es um das Verteilen von Flugblättern geht, was jeder Fünfte bereits getan hat und sich jeder Zweite prinzipiell vorstellen könnte. Auch würde sich rund die Hälfte der rheinland-pfälzischen Jugendlichen an einer genehmigten Demonstration beteiligen (jeder Achte hat dies be-

reits getan). Um das Partizipationspotenzial scheint es alles in allem also nicht schlecht bestellt zu sein. Die *Lust*, sich gesellschaftlich und auch politisch einzubringen, ist bei vielen grundsätzlich vorhanden und sie wird insbesondere im direkten Umfeld, d.h. in Schule, Familie und Freundeskreis, immer wieder mal ausgelebt. So waren rund 40 Prozent der 14- bis 18-Jährigen bereits als Klassensprecher aktiv, 44 Prozent der Jugendlichen würden bei einer öffentlichen Diskussion ihre Meinung vertreten bzw. haben dies schon getan (18 Prozent). Dabei zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass die Relevanz und Häufigkeit des politikbezogenen kommunikativen Handelns mit voranschreitender Adoleszenz zunimmt und sich dabei – neben der interpersonalen Kommunikation – vor allem aus Nachrichtensendungen des Hörfunks und der privaten Fernsehanbieter speist.

Dem konstatierten Partizipationspotenzial scheint jedoch eine Grenze gesetzt zu sein, die sich dann zeigt, wenn es um so genannte „konventionelle“ politische Beteiligungsformen geht. Zwar würden sich rund drei Viertel der Jugendlichen an Wahlen beteiligen bzw. haben dies schon getan, aber jegliche partei-, politiker- und wahlkampfbezogenen Aktivitäten (z.B. im Wahlkampf helfen) werden von der Mehrheit prinzipiell abgelehnt und wurden nur von einer verschwindend geringen Minderheit bisher wahrgenommen. Die massiven Rekrutierungsprobleme, mit denen sich die Parteien – nicht nur in Rheinland-Pfalz – seit den 1980er Jahren konfrontiert sehen, könnten durch diese scheinbar weit verbreitete Reaktanz der Jugendlichen noch weiter verschärft werden, auch wenn festzuhalten ist, dass die Bereitschaft zur „konventionellen“ Partizipation mit dem Alter steigt.

Abbildung 5: Gründe für politische Apathie aus Sicht rheinland-pfälzischer Jugendlicher (in Prozent)



So sehen sich insbesondere die Parteien, aber auch die anderen in der Kritik stehenden „klassischen“ Instanzen politischer Willensbildung und Interessenvermittlung (s.o.), mit der Herausforderung konfrontiert, noch stärker die spezifischen Bedürfnisse der Jugendlichen in Bezug auf politisches Engagement wahrzunehmen. Klare Hinweise hierauf geben diese, wenn sie nach Gründen gefragt werden, warum sich einige Jugendliche *nicht* politisch beteiligen (vgl. Abbildung 5). Diesbezüglich bekunden knapp 90 Prozent der Jugendlichen – ganz offen –, sie hätten schlichtweg keine Lust (wobei dies die Hälfte aller Jugendlichen uneingeschränkt bejaht) und sogar noch etwas mehr Befragte stellen – wohlthuend, z.T. aber auch übertrieben selbstkritisch – fest, ihnen fehle das nötige Wissen, um sich beteiligen zu können.

Für die Anbieter politischer Mitmachmöglichkeiten jedoch noch bedeutsamer ist, dass jeweils mehr als drei Viertel der rheinland-pfälzischen Jugendlichen darauf verweisen, dass Politik keinen Spaß mache, sie Angst hätten, als Jugendliche nicht ernst genommen zu werden, und sie schlichtweg bisher niemand danach gefragt habe. Offenkundig entspricht das Partizipationsangebot aus Sicht der Betroffenen nicht nur nicht ihren jugendspezifischen Erwartungen und Bedürfnissen, sondern sie fühlen sich auch entweder nicht oder nicht richtig angesprochen. Dies gilt insbesondere für die Mädchen, die in Bezug auf alle der genannten Gründe noch skeptischer als die Jungen sind und insgesamt, d.h. in Bezug auf nahezu alle der skizzierten Einstellungs- und Verhaltensdimensionen, eine größere Distanz zur Sphäre des Politischen aufweisen.

6. Fazit

Die an dieser Stelle erstmalig präsentierten repräsentativen Befunde zu den politischen Orientierungen und Verhaltensweisen Jugendlicher in einem westdeutschen Bundesland unterstreichen, dass die exemplarisch ausgewählten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer – im positiven wie im negativen Sinne – „voll normal“ sind. Wie für andere Heranwachsende (und Erwachsene) in Deutschland spielt für die meisten von ihnen „die Politik“ schlichtweg nur eine untergeordnete Rolle. Dies kommt in einer relativ hohen *politischen Indifferenz* zum Ausdruck, die erst mit voranschreiten der Adoleszenz und der zunehmenden Intensität der politischen Kommunikation im Laufe des Sozialisationsprozesses nachlässt.

Diese weit verbreitete Gleichgültigkeit ist jedoch zugleich bei einer Mehrzahl der Jugendlichen gekoppelt an relativ früh und fest verankerte politische Vorurteile, an Misstrauen, Frustrationen und Unzufriedenheit. Im Zentrum entscheidenden *Politikfrusts* stehen die „klassischen“ Instanzen der politischen Willensbildung (v.a. Parteien), aber auch die Massenmedien, die heutzutage eine ganz wesentliche Rolle im (politischen) Sozialisationsprozess übernehmen und fest in den Alltag junger Menschen integriert sind (vgl. u.a. Watermann 2005; Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2005). Entsprechend negative Einstellungen kommen nicht nur in z.T. frappierenden Vertrauensdefiziten zum Ausdruck, sondern auch in der geringen partei-, politiker- und wahlkampf-

bezogenen politischen Beteiligung sowie der eher zurückhalten- den Nutzung des politischen Informationsangebots. Im Gegen- satz hierzu zeigen die rheinland-pfälzischen Jugendlichen deut- lich größere Offenheit, ja z.T. richtige Lust, gegenüber sozialen, „unkonventionellen“ Partizipationsformen, die zeitlich über- schaubar sind, im direkten Umfeld stattfinden und die vor allem Spaß und Er- folg versprechen.

Offenheit gegenüber sozialen, „unkonventionellen“ Partizipationsformen

Gleichwohl scheint sich die allgemein vorhandene Skepsis und Kritikbereit- schaft gegenüber den Leistungen und der Performanz politischer Akteure in ge- wissem Maße auch in der Zufriedenheit mit dem demokratischen System insge- samt niederzuschlagen: Wenngleich nur wenige an der Idee der Demokratie als bester Herrschaftsform zweifeln, so stellt doch beinahe die Hälfte der Befragten deren konkrete Ausgestaltung in Deutschland in Frage. Ungeachtet faktisch vorhandener Politikgestaltungsprobleme, die auch in die Lebenswelt der Ju- gendlichen eingreifen (z.B. Schul-, Ausbildungs-, Arbeitsmarktpolitik), scheint es sich hier nicht zuletzt um ein *Politikvermittlungs- und -verständnisproblem* zu handeln. So deuten die Befunde darauf hin, dass die Jugendlichen nur allzu schnell „die Politik“, „die Parteien“ oder „die Politiker“ für Missstände verant- wortlich machen und dabei die z.T. massenmedial und im direkten Umfeld ver- breiteten Vor-Urteile und Missdeutungen reflektieren. Als nur ein exemplari- scher Beleg für diese Annahme sei erwähnt, dass knapp 60 Prozent der befrag- ten rheinland-pfälzischen Jugendlichen der Meinung sind, dass es die Aufgabe der politischen Opposition sei, die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen und nicht zu kritisieren. Hierin spiegelt sich nicht nur eine umfassende Sehnsucht der Heranwachsenden nach einer demokratischen Kompromisskultur, sondern auch ein Missverständnis bezüglich dessen, was Politik ist und was sie leisten kann.

Um derartigen Vor-Urteilen entgegenzuwirken, die sich schlimmstenfalls in dauerhaften Frustrationen, in politischer Unlust und Apathie niederschlagen, gilt es, die vorhandenen politik- und gesellschaftsbezogenen „Lustzonen“ der Jugendlichen weiter zu identifizieren und ad- äquat zu stimulieren. Dabei erweist sich, wie die multivariaten Überprüfungen untermauern, Kommunikation als *die* Schlüssel- variable im politischen Sozialisationsprozess (vgl. auch Schmid 2004). Je mehr sich die rheinland-pfälzischen Jugendlichen mit anderen über politische und gesellschaftliche Probleme aktiv austauschen, je mehr sie sich auch massenmedial politisch informieren, desto höher ist ihr politisches Interes- se, desto geringer ihr Politikfrust und desto ausgeprägter ihre Bereitschaft, sich in Politik und Gesellschaft einzubringen. Diese Befunde haben zweifelsohne Verweischarakter über den exemplarischen Fall „Rheinland-Pfalz“ hinaus, denn sie appellieren an alle Sozialisationsinstanzen, Familie, Schule, peer groups, Ju- gend- und Bildungsorganisationen, aber auch Massenmedien, Parteien, Verbän- de und andere Willensbildungsorgane, den jugendgerechten Dialog mit den Heranwachsenden weiter zu intensivieren und diesen entsprechende Mitwir- kungsmöglichkeiten zu bieten. Der seit 2002 bundesweit laufende Modellver- such „Demokratie lernen und leben – Schule in der Zivilgesellschaft“ stellt in diesem Zusammenhang zweifelsohne einen notwendigen Schritt in die richtige

Kommunikation als die Schlüsselvariable im politischen Sozialisationsprozess

Richtung dar, dem weitere – auch koordinierte – Angebote von allen genannten Sozialisationsinstanzen folgen sollten.

Anmerkungen

- 1 Die Untersuchung wurde von der rheinland-pfälzischen Landeszentrale für politische Bildung, dem rheinland-pfälzischen Landesverband der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung sowie dem Präsidialamt der Universität Koblenz-Landau unterstützt. Diesen gilt mein ausdrücklicher Dank.
- 2 Die Netto-Stichprobe umfasst 1.811 Schülerinnen und Schüler im Alter von 14 bis 18 Jahren. Davon sind 51,9 Prozent männlichen, 48,1 Prozent weiblichen Geschlechts. Aufgrund von Antwortverweigerungen bei einzelnen Fragen kann es im Folgenden zu Abweichungen der Stichprobengröße kommen.
- 3 Eine faktorenanalytische Überprüfung der Antworten der befragten Jugendlichen in Rheinland-Pfalz ergab, dass das politische Responsivitätsgefühl und die Einschätzungen der eigenen Einflussmöglichkeiten eine gemeinsame Dimension darstellten, die unabhängig vom subjektiven politischen Kompetenzgefühl zu betrachten ist.

Literatur

- Deutsche Shell (Hg.) (2006): Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Rattiner, Hans (Hg.) (2005): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann/Sardei-Biermann, Sabine (2005): Zur Entwicklung der Politischen Kultur bei Jugendlichen in West- und Ostdeutschland. Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys von 1992 bis 2003. In: Merckens, Hans/Zinnecker, Jürgen (Hg.): Jahrbuch Jugendforschung 5. Wiesbaden: VS, S. 161-198.
- Gensicke, Thomas (2002): Individualität und Sicherheit in neuer Synthese? Wertorientierungen und gesellschaftliche Aktivität. In: Deutsche Shell (Hg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 139-212.
- Himmelfmann, Gerhard (2005): Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Kroh, Martin (2006): Das politische Interesse Jugendlicher. Stabilität oder Wandel? In: Roller, Edeltraud/Bretschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS, S. 185-207.
- Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicole/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen: Leske + Budrich.
- Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2005): JIM 2005. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Stuttgart.
- Niedermayer, Oskar (2005): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Wiesbaden: VS.

- Pickel, Gert (2004): Jugend und Politikverdrossenheit im Deutschland nach der Vereinigung? In: Heinrich, Gudrun (Hg.): Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, H. 20. Rostock, S. 7-31.
- Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (2006): Jugend und Politik. Der Beitrag der Politischen Soziologie zur Jugendforschung. In: dies. (Hg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS, S. 7-19.
- Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (2003): Autonomie und bürgerschaftliches Engagement – oder die Frage, wie viel und welche Beteiligung unsere Gesellschaft braucht. In: Palentin, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hg.): Schüler-Demokratie. Mitbestimmung in der Schule. Neuwied: Luchterhand, S. 21-46.
- Schmid, Christine (2004): Politisches Interesse von Jugendlichen. Eine Längsschnittuntersuchung. Wiesbaden: DUV.
- Schneekloth, Ulrich (2002): Demokratie, ja – Politik, nein? Einstellungen Jugendlicher zur Politik. In: Deutsche Shell (Hg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 91-137.
- Watermann, Rainer (2005): Politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 41, S. 16-24.
- Westle, Bettina (2006): Politisches Interesse, subjektive politische Kompetenz und politisches Wissen. Eine Fallstudie mit Jugendlichen im Nürnberger Raum. In: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hg.) (2006): Jugend und Politik: „Voll normal!“. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS, S. 209-240.

